



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Pressemitteilung: Semesterbeginn in der Turnhalle: Studentisches Wohnen steckt weiter in der Krise, trotz „WG-Garantie“ im Koalitionsvertrag!

Berlin, 30.09.2025

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze
Tjark-Hagen Kandulski
Tabea Herbst
Katharina Rummenholler

Studierende in Deutschland leiden seit Jahren unter den steigenden Wohnkosten. Im Schnitt geben sie über die Hälfte ihres Einkommens für Miete aus. Aktuelle Zahlen des Moses-Mendelssohn-Instituts zeigen, dass die Durchschnittsmiete für WG-Zimmer zum Wintersemester 2025/26 erstmals die Marke von 500 Euro überschreitet. Nur in 18 von 88 untersuchten Städten gab es überhaupt noch einzelne Zimmer im Rahmen der BAföG-Wohnkostenpauschale in Höhe von 380€. Studierende sehen sich dadurch zunehmend gezwungen, in Zelten, Turnhallen oder überteuerten Zwischenlösungen unterzukommen oder gleich wieder zu den Eltern zu ziehen und das Studium abzubrechen. Währenddessen werden ganze Häuserblöcke zu Spekulationsobjekten und stehen ebenso leer, wie Luxuswohnungen die für BAföG-Empfänger*innen unbezahlbar sind. Das gefährdet nicht nur soziale Teilhabe, sondern auch den gleichberechtigten Zugang zu Bildung.

Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag eine sogenannte „WG-Garantie“ angekündigt. Eine Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Grünen zeigt jedoch: Von einer echten Garantie für bezahlbares gemeinschaftliches Wohnen kann keine Rede sein. Statt verbindlicher Maßnahmen bleibt es bei der vagen Ankündigung und der Versicherung, etwas mehr Wohnheimplätze schaffen zu wollen. Dazu Tjark Kandulski, Vorstandsmitglied des fzs e.V.: „Eine ‚WG-Garantie‘, die lediglich daraus besteht ein paar zusätzliche Wohnheime zu bauen, garantiert Studierenden nichts außer der nächsten Mieterhöhung. Studierende brauchen eine Deckelung ihrer Mietpreise, nur so lässt sich in Zukunft noch bezahlbarer Wohnraum finden. Alles andere ist politischer Etikettenschwindel.“

Hinzu kommt, dass die versprochene Verdoppelung der Mittel für das Programm Junges Wohnen frühestens 2027 umgesetzt werden soll, doch das ist viel zu spät für die Studierenden von heute. Leider fehlen der Bundesregierung grundlegende Daten: Weder über die tatsächliche Zahl der Wohnheimplätze noch über die durchschnittlichen Mietkosten für WG-Zimmer liegt ein systematischer Überblick vor. „Wer Bildungsgerechtigkeit ernst meint, muss beim Wohnen anfangen! Explodierende Mieten treffen uns mit voller Wucht, das WG-Zimmer wird zum Luxusgut. Ohne schnelles, entschlossenes Gegensteuern wird die nächste Generation so schon vor dem Studienbeginn in die Armut gedrängt oder ausgeschlossen.“ kritisiert Katharina Rummenholler, ebenfalls Vorstandsmitglied des fzs e.V.

Der fzs e.V. fordert deshalb:

- kostendeckende, ortsangepasste Wohnkostenzuschüsse im BAföG sowie ein für Studierende geöffnetes Wohngeld
- konsequente Reform der Mietpreisbremse, um Mietsteigerungen effektiv zu begrenzen
- massiver Ausbau kostengünstiger, bedarfsorientierter und gemeinnütziger Wohnheime in zentraler Lage sowie eine Neuausrichtung von Wohnungsbau auf WG-Konzepte

Rückfragen können Sie stellen an:

Tjark Kandulski, fzs-Vorstand:

+49 1708573399 oder tjark.kandulski@fzs.de

Katharina Rummenhölter, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095

f. +49 (0) 30 27874096

m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze
Tjark-Hagen Kandulski
Tabea Herbst
Katharina Rummenhölter